

nicht besonders die der Staatssicherheit. Den sowjetischen Truppen spricht Engelmann abweichend von der damaligen westlichen Propaganda ein relativ zurückhaltendes Vorgehen bei der Niederschlagung des Aufstandes zu. Im Gegensatz zu Ungarn 1957 mit rund 3300 Opfern starben in der DDR 40. Die Referate zu der Auswirkung des Geschehens im Ostblock verraten, daß damals die sowjetische Kontrolle noch grenzüberschreitende Auswirkungen dieses ersten Aufstandes verhinderte. Immerhin strahlte das Geschehen zu den Deutschen in Schlesien aus. Ruchniewicz berichtet in seinem Beitrag von einer Spendenaktion von Deutschen im niederschlesischen Freiburg zugunsten von Familien in Berlin und Leipzig. In der DDR gab es inoffiziell eine dauernde Erinnerung an den Volksaufstand. Engelmann kann es mit einem noch in den 80er Jahren üblichen Zitat von Bauarbeitern gegenüber der SED belegen: „Wenn ihr nicht zur Raison kommt, dann machen wir den 17.“ Daß die SED es nicht vergessen hatte, verriet Mielke 1989. Die Vorträge und Gesprächsbeiträge sind, wie immer bei solchen Veranstaltungen, unterschiedlicher Qualität. Der Historiker Arnulf Baring, der 1957 das Standardwerk zum 17. Juni vorlegte, kritisiert den Beitrag eines Kollegen mit Recht als „Musterbeispiel einer verdrehten Argumentation in einer politisch korrekten Sprache“. Baring trifft mit seiner Würdigung des 17. Juni als „große(n) Tag in der deutschen Geschichte, ein(em) Zeugnis des deutschen Einheits- und Freiheitswillens“ die Einschätzung der Mehrheit der Teilnehmer des Symposiums. Er und Nooke, der ehemalige DDR-Bürgerrechtler, hätten den 17. Juni gern weiterhin als deutschen Nationalfeiertag gesehen anstelle des 3. Oktober, „ein willkürlich festgelegter Tag“.

Enno Eimers

318 Thomas Ahbe, Michael Hofmann, Volker Stiehler (Hg.): *Redefreiheit. Öffentliche Debatten der Leipziger Bevölkerung im Oktober und November 1989 – Problemwahrnehmungen und Lösungsvorstellungen aus der Mitte der Gesellschaft.* 750 S., Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014, 39,90 €.

In den letzten Jahren hat sich zunehmend die Auffassung durchgesetzt, daß dem Leipziger 9. Oktober 1989 als „Tag der Entscheidung“ in der Friedlichen Revolution eine wichtige wenn nicht gar entscheidende Rolle zukommt und daß davor die Friedensgebete in der Nikolaikirche und die Arbeit kritischer kirchlicher Basisgruppen in Gemeinden wie Markus und Lukas aber auch im katholischen „Friedenskreis Grünau-Lindenau“ diesen Tag erst ermöglichte. Zu diesen Themen liegt inzwischen auch eine breite Forschungsliteratur vor. Anders steht es dagegen mit den Wochen und Monaten nach dem 9. Oktober bis zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990, die den ersten Revolutionsabschnitt abschloß. Hier schaffen die Herausgeber vorliegenden Bandes Abhilfe und damit ist eine ganz herausragende editorische Leistung verbunden. So ist nachzulesen, was im Rahmen der auch von der SED geförderten und geforderten „Dialogpolitik“ tatsächlich thematisiert wurde, welche Probleme die Menschen umtrieben, welche Hoffnungen sie hatten und wie sich diese in wenigen Wochen veränderten. Neben den organisierten „Dialogen“ wird eine eher zufällig durch den Fotografen Gerhard Gäbler aufgenommene Straßendiskussion am 2. Oktober dokumentiert, dann folgen die Debatten im Studentenklub „Moritzbastei“ vom 15. und 19. Oktober, die Diskussionen im Kabarett „academixer-Keller“ vom 14. Oktober bis zum 19. November und die „Dialoge“ im Gewandhaus vom 22. Oktober bis zum 12. November. Dazu kommen der Abdruck wichtiger Aufrufe und Willenserklärungen aus dieser Zeit und ein umfassendes Sachwortverzeichnis sowie ein Personenregister mit biographischen Angaben. Diese „Dialoge“ entstanden in der offenen Machtsituation nach dem 9. Oktober und waren zum einen von der Sorge

vor einer noch möglichen Eskalation hin zur Gewalt geprägt, zum anderen sahen die alten Kräfte der Diktatur hier eine Möglichkeit, die demonstrierenden Menschen von den Straßen zu bekommen. Bei der Verhinderung von Gewalt nach dem „Tag der Entscheidung“ mögen die Diskussionen letztlich eine Rolle gespielt haben, die Eroberung der Straße durch die Kritiker der Diktatur konnten sie nicht rückgängig machen. Um die Situation heute richtig einzuschätzen ist es hilfreich, die Zusammensetzung der Podien zu betrachten, die den Bürgern stellten. Auf der Bühne saßen nämlich außer den sechs Leipzigern, die sich am 9. Oktober öffentlich gegen Gewalt und für die Kommunikation ausgesprochen hatten, zuerst höhere SED-Funktionäre und Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität, die bisher nicht durch kritische Stellungnahmen aufgefallen waren. Trotzdem entwickelten die Dialoge eine ganz eigene Dynamik. Die Themen erstreckten sich von Gesellschaftsstrategien der SED, über die Medienpolitik, die Rechtsstaatsproblematik, die Stalinismusfrage bis zur „sozialistischen Demokratie“, zur Rolle der Künste, zur Lage des Gesundheitswesens und bis zu „Erwartungen an eine neue Regierung“, die nach den Debatten im Gewandhaus in den „Leipziger Postulaten“ zusammengefaßt wurden. Die „Dialoge“ zeigten im Einzelnen die tiefe Frustration der Leipziger und von Menschen aus anderen Teilen der DDR über die Entwicklung der letzten Jahre in der kommunistischen Diktatur. Dies war ein Gemisch von Wut und Verzweiflung über den Niedergang Leipzigs durch die Privilegierung Ost-Berlins. Dazu kamen Berichte über die katastrophalen Zustände in den Krankenhäusern und in den Pflege- bzw. Altersheimen und harte Angriffe auf die Lebensqualität von Behinderten sowie die Mehrklassenmedizin. Genauso thematisiert wurde die Katastrophe des Bau- und des Verkehrswesens, die Wut über Presse und Medien fand ihren Ausdruck genauso wie die Forderung nach Reise-, Versammlungs- und Redefreiheit. Ein Thema war die Rehabilitierung politisch Verfolgter, andere wünschten sich eine offene, freie Erziehung und beklagten die Verschwendung von Wasser und Energie. Immer wieder forderten Menschen den sozialen Ersatzdienst statt des bewaffneten Wehrdienstes oder lehnten die vormilitärische Ausbildung ab. Alle wollten „wirklich“ Wahlen und viele – auch Vertreter des „Neuen Forums“ betonten ihre Hoffnung auf eine Weiterentwicklung des „Sozialismus“ – hier muß allerdings offen bleiben, wer wirklich daran glaubte. Dagegen war die Zulassung des „Neuen Forums“ Konsens und eine Mehrheit war nicht bereit, die Demonstrationen aufzugeben – und dies allein schon, weil sie die Ereignisse für eine von der Straße zu entscheidende Revolution und nicht für eine „Wende“ hielten. Insgesamt fanden die „Dialoge“ parallel zu anderen Ereignissen statt, wobei die Demonstrationen entscheidend blieben und so das Dialogprojekt der Herrschenden durchkreuzten. Auffällig ist noch, daß bei der Debatten in Leipzig die Berliner Grenzöffnung kaum eine Rolle spielte. Und so waren die „Dialoge“ wohl zuerst eine Sonde ins Denken derjenigen der Ostdeutschen, die sich illusionär auf eine Sozialismusreform orientierten. Die Entwicklung nahm einen anderen Weg und damit hatte sich die „Dialogpolitik“ überholt, da schon bald klar wurde, daß es nicht mehr die Suberz und die Bevölkerungsmehrheit zur Reform des Realsozialismus gab. Rainer Eckert

13. Zeitgeschehen

319 Rolf Steininger: *Deutschland und die USA. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart.* 912 S., Lau, Reinbek-München 2014, 89,- €.

Diese umfangreiche Gesamtdarstellung der Beziehungen zwischen den USA und Deutschland vom Zweiten Weltkrieg bis heute umfaßt folgende Themenblöcke: die